

DIE LINKE - AG ANTIFA / ANTIRA. Kopenhagener Straße 76 - 10437 Berlin

Kopenhagener Straße 76
10437 Berlin
Telefon 44 01 77 80
Telefax 44 01 77 81
bezirk@die-linke-pankow.de

An
die Genoss_innen des Bezirksverbandes
DIE LINKE. Pankow

Berlin, 19.10.2011

Erklärung zu den Ergebnissen unserer Partei bei der Berliner Wahl 2011

*„Ich werde mir nicht diktieren lassen,
wie ich mein Leben zu führen habe,
vor allem nicht von denjenigen,
die von der Art und Weise meines Lebens
überhaupt keine Ahnung mehr haben.“*

(ein ehemals Linkspartei-, nun Piratenwähler zur Frage nach dem Grund seiner Wahlentscheidung)

Die Kernaufgabe unserer politischen Arbeit ist die Zusammenarbeit, und Unterstützung von antifaschistischen und antirassistischen Strukturen im Stadtbezirk Pankow. Antifaschismus ist nicht nur ein politisches Erbe, sondern bedeutet in der konkreten Arbeit alles zu tun, um einer solidarischeren und gerechteren Gesellschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Politik bedeutet auch, alle Kräfte gegen rechte Politik zu mobilisieren und dazu alle Möglichkeiten zu nutzen.

Antifaschismus muss zugleich auch immer Antikapitalismus bedeuten. Deshalb wünschen wir uns eine starke linke Partei, die hierfür die nötige Konsequenz aufbringt. Leider ist das DIE LINKE in Berlin momentan nicht.

Das Berliner Wahlergebnis 2011 muss uns als Partei DIE LINKE ein Warnsignal sein. Aus ihm sollten wir lernen, dass soziale Veränderungen und Gerechtigkeit nicht ausschließlich mittels parlamentarischer Arbeit zu erreichen sind, sondern diese nur das Endergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses sein können. Die Aufgabe einer emanzipatorischen Bewegung besteht nicht darin, eine Partei mehr in der Politiklandschaft zu sein und sich dort über rechnerische Mehrheiten prioritär um eine eigene Daseinsberechtigung zu bemühen, sondern vielmehr darin, für die Vision einer sozial gerechten Gesellschaft anzutreten und diese Position jederzeit aufrechtzuerhalten und auch verteidigen zu können.

Zehn Jahre sogenannter Rot-Roter-Bündnispolitik haben uns in den Augen, insbesondere sozial schwacher und prekariert Menschen unglaublicher erscheinen lassen. Alternative Wohnhäuser und Freiräume sind vernichtet worden und das wirtschaftliche Wachstum in Berlin stützt sich auf Billiglöhne. Dort wo Wachstum scheinbar dennoch stattfindet, wurde es für die breite Masse der Berliner_innen durch steigende Miet- und Lebenshaltungskosten zunichtegemacht. Zu häufig entstand der Eindruck, dass wir, DIE LINKE mehr am eigenen Machterhalt als an den brisanten Problemen der Einwohner_innen interessiert war. Bei den durchgesetzten



Forderungen gelang es uns nicht, der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass das Erreichte ein Ergebnis unserer Politik war. Es ist uns klar, dass unsere politischen Forderungen von anderen Parteien aufgegriffen wurden und dies für die Bevölkerung durchaus schwer zu durchschauen war. Hier fehlte es uns im Parlament wie auch in der Öffentlichkeit an notwendiger Konsequenz und "Biss" um diesen Umstand - für DIE LINKE stärkend - öffentlich wahrnehmbar zu vermitteln. Hatte sich in den Jahren 1995 bis 2001 ein ansteigender Trend von 14,6% auf 22,6% der Wählerstimmen zur unseren Gunsten in Berlin etabliert, hat sich seit unserer Regierungsbeteiligung, dieser Aufwärts- in einem dramatischen Abwärtstrend verwandelt. Mittlerweile liegt DIE LINKE in Berlin bei 11,7%. Das heißt, wir haben es mit unseren bisher mehrheitlich vertretenen Positionen geschafft unser Wahlergebnis innerhalb von 10 Jahren in etwa zu halbieren.

In einer Stadt, in der fast 4 Millionen Menschen Leben und Arbeiten können wir, DIE LINKE, nur in enger Zusammenarbeit mit Einwohner_innen, Verbänden und Vereinen politische Veränderungen erreichen und uns für Toleranz und Solidarität einsetzen. Unsere Wähler_innen erwarten eine linke Politik: gegen Armut, gegen Kriegseinsätze und für eine antifaschistische solidarische Gesellschaft.

Kehren wir nun zurück zu unserem Eingangszitat, das keineswegs eine Einzelposition darstellt, dann stellen wir fest, dass die Menschen nicht mehr bereit sind, sich bevormunden zu lassen. Slogans wie „Gute Arbeit, Berlin!“ oder „Berlin boomt ...!“ klangen, angesichts der finanziellen Probleme hunderttausender Menschen in unserer Stadt, einfach realitätsfremd. Obwohl das Klein-gedruckte auf diesen Plakaten anderes sagen wollte, blieb der wichtige erste Eindruck fest verankert. Wir haben den Eindruck erweckt eine Partei zu sein, die den Menschen und damit auch unseren bisherigen Wähler_innen sagen wollte, was für diese gut oder falsch sei und auch, wann der passende Moment wäre, ein bestimmtes Anliegen zu thematisieren. Beispielhaft sei hier nur allein auf die frühen Hinweise von außerparlamentarischen Bewegungen auf die drohende soziale Entmischung von Wohnquartieren verwiesen, bei denen eine öffentliche Reaktion einer sich in Regierungsverantwortung befindlichen Linkspartei lange Zeit weitgehend nicht zu vernehmen war, so sie denn überhaupt geäußert wurde.

DIE LINKE muss ihre Strukturen weiter öffnen. Dazu ist zuerst und vor allem auch innerparteilich eine andere Zusammenarbeit notwendig. Wir werden niemanden von unserem Ziel einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft überzeugen, wenn wir diese Werte im Alltag nicht für und mit uns selbst leben. Die einen wirksamen Pluralismus verhindernden Zusammenhänge von Genoss_innen des Berliner Landesverbandes tragen nicht dazu bei, diese Grundlagen zu stärken. Verantwortung zu bekennen, einen neuen Weg einzuschlagen oder ihn freizumachen für neue Ideen und integrierende Kräfte ist die logische Erwartung dieser Stunde.

Offensive Oppositionsarbeit braucht neue Ideen in unserem Landesverband und deutliche Veränderungen innerhalb unserer Partei. Ein "Weiter so!" mit allem darf es nicht geben. Die Wähler_innen wollen keine Neuauflage der SPD. Das hat unsere desaströse Wahlniederlage in Berlin deutlich gemacht. Transparenz und mehr direkte demokratische Einflussnahme sind traditionelle linke emanzipatorische Politikansätze, die unsere Partei nicht den Piraten überlassen sollte. Wir sollten in diesem Zusammenhang deutlich machen, dass unsere Partei offen ist für basisdemokratische und alternative Politikmodelle.

Durch das schlechte Berliner Wahlergebnis ist klar geworden, dass mit einer passiven reformistischen Politik durch DIE LINKE, ausgerichtet auf Pragmatismus und kapitalistische Elendsverwaltung, keine Antworten auf die tiefe Unzufriedenheit im heutigen gesellschaftlichen System zu finden sind. Die Menschen, vor allem die jüngeren Generationen wollen und suchen glaubwürdige politische Alternativen. Wenn wir ihnen diese nicht bieten, dann überlassen wir den anderen Parteien den Einfluss auf die Bürger_innen, nicht zuletzt auch denen mit demagogischen Parolen und rechtspopulistischen Äußerungen.

Unsere Partei sollte ein modernes undogmatisches sozialistisches Forum bilden, welches auch Jung- und Nichtwähler_innengruppen eine politische Identität offeriert.

Mit solidarischen Grüßen

AG Antifaschismus und Antirassismus DIE LINKE. Pankow

